Bezugspreis:

Bezugspreis: 30.— M., monatlich 10.— M.,
für ein Jahr 120.— M., vierteljährlich
30.— M., halbjährlich 60.— M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M.,
bei zweimaliger Zustellung 23.— M.,
bei dreimaliger Zustellung 24.50 M.,
bei viertägiger Zustellung 26.— M.,
bei wöchentlich zweimaliger Zustellung
27.50 M., bei wöchentlich dreimaliger
Zustellung 29.— M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal: Sonntags und Wochen-
tags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 23. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Komparateltellen
kosten 2.— M., Zeilenanzahl 50%,
„kleine Anzeigen“ das mit-
gebrachte Wort 1.— M. (wichtig zwei-
spaltig gebucht), jedes weitere
Wort 60 Pfg., Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.,
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte, Zeilenanzahl 50%,
Familien-Anzeigen für Damen
Zelle 2.— M., politische und ge-
werkschaftliche Anzeigen 3.— M.,
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Samstagsheft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Fehrenbach verhandelt weiter.

In Berlin wurde heute morgen erzählt, Fehrenbach habe seinen Aufsat in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Das war falsch. Fehrenbach ist durch Ernennung Reichskanzler geworden, er kann nicht den ihm erteilten Auftrag zurückgeben, sondern nur demissionieren. Das hat er nicht getan. Er ist vielmehr weiter bestrebt, eine Regierung zu schaffen, die im Reichstag die nach der Verfassung notwendige Vertrauensgrundlage findet. Darüber wird weiter verhandelt, und wenn über die Verhandlungen in diesem Augenblick noch nichts gesagt werden kann, so steht doch fest: Das allgemeine Bewußtsein, daß schließlich und zwar sehr bald eine Regierung zustande gebracht werden muß, ist ihren Aussichten förderlich.

Einstweilen besteht, wie gelogt, der Zustand, daß Fehrenbach Reichskanzler ist. Selbst wenn er demissionierte, würde er mit der Weiterführung der Geschäfte des Reichskanzlers beauftragt werden, so wie ja auch die Minister des Kabinetts Hermann Müller, solange ihre Nachfolger nicht ernannt sind, die Geschäfte weiterführen. Vielach ist die Meinung verbreitet, daß während einer Krise eben alles drüber und drunter gehe. Das ist keineswegs der Fall, die laufenden Geschäfte werden, unbeeinträchtigt von den Stürmen der Politik, weitergeführt, nur natürlich große politische Entscheidungen müssen vertagt werden, bis wieder eine „richtige“ Regierung da ist, die sich auf das Vertrauen der Volksvertretung stützt.

Die Doppelkrise, die gestern ausgebrochen ist, hat nur noch der deutsch-volksparteilichen Seite hin klare Meinungsdivergenzen zur Ursache. Die Deutsche Volkspartei, von ihrem rechten Flügel und den Deutschnationalen getrieben, versucht in der Regierung der Mitte ihre Diktatur aufzurichten, die in Wirklichkeit nichts anderes wäre als eine Diktatur des

Industriekapitals. Ihre Haltung ist der beste Beweis dafür, daß die Sozialdemokratische Fraktion einer Regierung, in der diese Partei sitzt, ihr Vertrauen nicht aussprechen kann. Zu bemerken ist dazu weiter, daß der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion auf Stimmenthaltung von der Voraussetzung ausgegangen ist, daß den bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien der ihnen gebührende Einfluß auf die Regierung eingeräumt werden soll. Gelänge es der Deutschen Volkspartei, die bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien zu ihren bloßen Anhängeln zu erniedrigen, so stände auch die sozialdemokratische Fraktion „vor einer neuen Situation“.

Bewidelter ist die Frage des Vertrauensvotums. Hier stellen sich die Demokraten auf den Standpunkt, daß Stimmenthaltung und Mißtrauensvotum nur zwei voneinander verschiedene Formen der Vertrauensverweigerung sind. Sie meinen, daß eine Regierung nicht haltbar sei, wenn die Summe der abgegebenen Mißtrauensstimmen und der Enthaltungen größer sei als die Summe der abgegebenen Vertrauensstimmen. Die Enthaltung bei einer namentlichen Abstimmung wird bekanntlich so ausgedrückt, daß der Abgeordnete, der weder Ja noch Nein sagen will, einen blauen Zettel abgibt. In dieser Form der Enthaltung, die durch die Leg. Nichtwähler während der Zolltariffkämpfe von 1902 geschaffen worden ist, liegt für die Demokraten der Hauptpunkt des Anstoßes. Neben den reinpolitischen Gründen liegt aber auch ein Grund für die entlassenen Schwierigkeiten darin, daß die parlamentarischen Formen des Reichstags aus einer Zeit stammen, die ein parlamentarisches System und die mit ihm verbundenen Schwierigkeiten einer neuen Regierungsbildung noch nicht kannte.

Die preussische Verfassung.

Seit dem März 1919 tagt die verfassungsgebende Preussische Landesversammlung; aber erst jetzt ist sie in der Lage, die Verfassungsarbeit ernsthaft zu fördern. Schuld daran trägt nicht ein Verjagen der Regierung oder der Reichsparteien, sondern die inneren Schwierigkeiten der Lage Preußens und der Frage selber. Zunächst waren sich Regierung und Landesversammlung Preußens darüber einig, mit dem preussischen Verfassungswort zu warten, bis in Weimar die Reichsverfassung ihre endgültige Gestalt erhalten hätte. Als dies im August 1919 geschehen war, ging man an die Aufstellung des Entwurfs für Preußen. Aber es stellte sich alsbald heraus, daß unter den Reichsparteien starke Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Demission und Zentrum wollten möglichst viele Gegengewichte gegen die Allein herrschaft des Landtages, während die Sozialdemokraten mit Nachdruck für das reine Einkammersystem eintraten. Unter den zahlreichen Witschen verging die Zeit, bis man sich schließlich auf einen Finanzrat einigte, der aus einigen hohen Beamten, einigen Vertretern der Provinzen und einer Anzahl von Landtagsabgeordneten bestehen sollte. Aber diese Lösung hat Niemanden recht befriedigt: den Sozialdemokraten ging sie zu weit, den bürgerlichen Koalitionsparteien längst nicht weit genug.

Um die Macht des Landtages wird jetzt im Verfassungsausschuß der Kampf geführt. Sehr rasch wurde Einigkeit darüber erzielt, daß auch in die preussische Verfassung Volksgesetzgebung und Volksteilnahme, das heißt die unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk aufgenommen werden. Aber darüber hinaus wollten die Rechtsparteien dem Landtag eine erste Kammer zur Seite setzen, die aus Vertretern der Provinzen und aus Abgeordneten der einzelnen Berufsstände bestehen sollte. In einer solchen ersten Kammer wäre eine bürgerliche Mehrheit für unabsehbar lange Zeit gesichert. Aber damit nicht genug, wollten die Rechtsparteien auch einen Staatspräsidenten mit möglichst ausgebildeten Meinungen. Die bürgerlichen Mittelparteien lehnten zwar diese extremen Forderungen ab, aber sie setzten sich mit großem Eifer für einen Staatsrat ein, der von den Provinziallandtagen gewählt werden soll, die ihrerseits wiederum auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen gewählt werden sollen. Durch diese Beteiligung der Provinzen an der Staatsleitung will man den Anfang machen mit der Erfüllung ihres Wunsches nach größerer Selbständigkeit und von Lösungsbestrebungen entgegenwirken. Aber diesem Staatsrat wollen Demokraten und Zentrum so weitgehende Befugnisse verleihen, daß er beinahe an Macht den Landtag übertrifft, mindestens ihm aber gleichkommt. Der Staatsratspräsident soll von Staatsrat und Landtag gemeinsam gewählt werden und kann einen wesentlichen Teil der Befugnisse ausüben, die sonst ein Staatspräsident besäße. Der Staatsrat soll sogar die Möglichkeit haben, durch Beschluß den Landtag aufzulösen, während umgekehrt ein gleiches Recht des Landtages gegen den Staatsrat nicht vorgesehen ist.

Die Sozialdemokratie lehnt den Gedanken eines zweiten Befehlsgebungsorgans neben dem Landtag grundsätzlich ab. Wer eine Abnung davon hat, wie schwer es ist, die stark zerplitterten deutschen Parteien auf eine Regierung zu einigen und für jede Vorlage eine Mehrheit — möglichst oft dieselbe Koalitionsmehrheit wie bei der Regierungsbildung — zu finden, wer die ganze Schwerfälligkeit der parlamentarischen Arbeit kennt, der wird sichänglich hüten, ohne zwingende Not neue Instanzen zu schaffen, welche die Verabschiedung neuer Gesetze noch erschweren. Tatsächlich hört man viel seltener den Vorwurf, daß ein Parlament überhäuft und unüberlegt arbeitet wie den, daß es die Lösung dringender Fragen allzu lange hinauszögert. Der preussische Staatsrat wäre ähnlich zusammengesetzt wie im Reich der Reichsrat. Aber dieser hat sich als eine durchaus reaktionäre Körperschaft erwiesen, so noch jüngst bei der Bestellung seiner Vertreter im Reichswirtschaftsrat, in den er lauter Unternehmener entsandt hat. Der preussische Staatsrat würde nicht gleich rückwärts sein, weil in ihm nicht wie im Reichsrat die alten reaktionären Beamten aus der wilhelminischen Zeit sitzen würden, aber daß er im Sinne der Arbeiterklasse ein vorwärtsstrebendes Element wäre ist nicht anzunehmen.

Gleichwohl muß die Sozialdemokratie damit rechnen, daß sich für den Staatsrat eine Mehrheit findet. Dann werden sich ihre Anstrengungen darauf richten müssen, seine Macht wenigstens nicht ins Gefährliche wachsen zu lassen. Er muß

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Löbe vorgeschlagen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung einstimmig beschlossen, ihren Anspruch als stärkste Fraktion auf den Platz des Reichstagspräsidenten dringend zu erheben und für diesen den bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Genossen Löbe, vorzuschlagen.

Als Schriftführer bringt die Fraktion den Genossen Richard Fischer und die Genossin Bohm-Schuch in Vorschlag.

Lebensmittelunruhen in Württemberg.

Zusammenstöße mit Polizei und Reichswehr.

Stuttgart, 22. Juni. Um gegen die drückende Notlage der großen Masse des Volkes infolge der jüngsten Preissteigerung und den Lebensmittelmangel im allgemeinen zu demonstrieren, hatten die Vereinigten Gewerkschaften für Dienstag Nachmittag zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes angerufen, die die U. S. V. dazu benutzte, um ihre Forderung der Diktatur des Proletariats aufs neue zu erheben. Während in Stuttgart und in den meisten Orten die Kundgebungen ohne Unbehörungen verliefen, kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei bzw. der Reichswehr.

In Ulm wurden der Oberamtmann und der Oberbürgermeister mißhandelt. Im Rathaus, das von der Polizeiwache mit Waffengewalt in Besitz genommen werden mußte, wurden alle Fenster eingeschlagen und Ästen auf die Straße geworfen. Beim Sturm aufs Rathaus gab es unter den Menge Tote und Verwundete. Einige Polizeiwachmannschaften wurden schon beim Anmarsch erheblich verwundet. In Ravensburg wurde das Oberamtmannsgebäude beträchtlich beschädigt, sodas Reichswehr einschreiten mußte. Auch hier gab es Verluste auf Seiten der Aufreiter. In Ulm und Ravensburg wurde die Einwohnerwehr mobilisiert. In Ulm bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. Der dortige Oberamtmann verhandelt mit den Aufreitern über die Herausgabe der Waffen durch Vermittelung der Gewerkschaftsführer.

Keine Einigung in Boulogne.

Die Konferenz in Boulogne wurde gestern nachmittags beendet. In der Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, um den Verlust von Meuse, Maas und Sambre zu ersetzen, wurde keine Einigung erzielt. Die Sachverständigen der Gläubiger sollen noch einmal in Paris gehort und über ihre Vorschläge dann später kurz vor der Konferenz von Spa in Brüssel beraten werden. Aus französischer, wahrscheinlich offizieller

Quellen erfahren wir, wie sich etwa Frankreich den Zahlungsmodus der Entschädigung denkt. Die Schuld wäre in etwa 40 Jahreszahlungen abzurufen. Im übrigen überließe man es und selbst, in Spa Vorschläge zu unterbreiten. Das wäre ganz annehmbar, wenn man nicht zu gleicher Zeit die Schuldfrage mit der Frage der internationalen Anleihen, die man uns gestatten will, verquidete. Danach sollen unsere Forderungen als Garantie für Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen in der Rolle eines Delegierten des Wiedergutmachungsausschusses abgelehrt und im Fall einer Nichterfüllung aller Verpflichtungen beschlagnahmt werden. Also auf gut deutsch eine verhängnisvolle Kontrollrolle über einen Teil der deutschen Finanzen. Aber es handelt sich vorläufig um französische Wünsche, mit denen die anderen Alliierten nicht einverstanden zu sein scheinen, und die Verletzung des Laxenfeldes scheitert nach wie vor an dem zu großen Appetit jedes einzelnen.

In der Entwaffnungsfrage ist man nach einer Aussprache mitlerands tatsächlich darin übereingekommen, den Effektivebestand des deutschen Heeres auf 100 000 Mann anzufügen, nur wird man in der Frage der Abrüstungsfrist größtmöglich mit sich verhandeln lassen. Das Dunkel, das über der in Vorlage genehmigten Entwaffnungsnote der Alliierten schwebt, wird von der Agence Havas nur wenig gelichtet. Sie kündigt Zwangsmassnahmen im Falle der Nichtabführung der militärischen Ausrüstung an, „ohne allerdings über die Modalitäten zu sprechen“. Jedoch könne man glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln werde, wie sie die Konferenz von San Remo entschieden habe“. Wir kennen diese Art Raten und diese Tonart bereits. Aber auch sie können an den Tatsachen nichts ändern, daß wir über unsere Leistungsfähigkeit hinaus nichts leisten können.

Das isolierte Ungarn.

Wien, 22. Juni. Zum Vorklapp erzählt die Korrespondenz Herzog, daß der Eisenbahnverkehr nach Ungarn vollkommen ruht. Die Befriedung von Post und Gütern sei lediglich auf dem Donauwege möglich. Auch in Wien habe wie in Graz eine Bewegung des technischen Personals der Zentren eingesetzt, die dahin zielt, unrichtige Angaben über den Stand des Vorklapp zu verhindern. Pflicht der Solidarität der Leistungsfähiger sei es, die Vorklappbewegung nicht mittelbar zu schädigen. In Triest habe am Sonntag eine große Arbeiterkundgebung zugunsten des Vorklapp stattgefunden, insbesondere hätten die Hafenarbeiter den Anschlag an den Vorklapp ausgesprochen. Auch die organisierten Post- und Telegraphenangestellten in Rom hätten einhellig die Teilnahme an dem Vorklapp beschlossen.

Wien, 23. Juni. (Z. U.) Wie das „Neue Wiener Journal“ erzählt, ist eine große aktivistische Aktion im Zuge, welche darauf hinausläuft, die Wiener Gewerkschaften mit ihrem Gesamtsitzungen für die durch den Vorklapp gegen Ungarn verursachten bedeutenden Schäden hasieren zu machen.